



ORF DETAILANALYSE

2026-04-28_Report vom 28.04.2026

Sendung: ORF-Sendung | 2026-04-28 | Analysiert am: 2026-05-21 10:28

Version 3.0-detail | Universal 3.0-detail | Konverter 3.4 (2026-05-20) | Massstab: §4 ORF-G

GESAMTSCORE

6.1/10

Schwerwiegende Abweichung vom Ausgewogenheitsgebot. Hoher Abweichungsgrad

0 = ausgewogen, 10 = stark einseitig/manipulativ

POLITISCHES SPEKTRUM

Einordnung nach Chapel Hill Expert Survey (CHES) 2024

Der Chapel Hill Expert Survey (CHES 2024) ist eine akademische Befragung von 609 Politikwissenschaftlern in 31 Ländern. Jede Partei wird auf einer Skala von 0 (extrem links) bis 10 (extrem rechts) eingestuft.

Partei	Grüne	SPÖ	NEOS	ÖVP	FPÖ
CHES	2.13	3.08	5.40	6.73	8.83
Spektrum	Links	Links	Mitte	Rechts	Rechts

Die Gesamttendenz wird auf einer 0–10-Skala dargestellt (0 = stark links-begünstigend, 5 = ausgewogen, 10 = stark rechts-begünstigend). Die Berechnung basiert auf dem Unterschied der durchschnittlichen Begünstigung linker vs. rechter Parteien (Gruppierung gemäss CHES 2024).

TENDENZ (L – R)

2.9 / 10

Links-begünstigend

0 1 2 3 4 5 6 7 8 9 10

← Links

Rechts →

Quelle: Chapel Hill Expert Survey 2024 — chesdata.eu | [Jolly et al., Electoral Studies, 2022](https://doi.org/10.1017/XES.2022.1) | Schwellenwerte: [Pew Research Center](https://www.pewresearch.org/)

Dieser Abschnitt dient der politischen Einordnung und fließt nicht in den Gesamtscore ein.



POLITISCHE LANDSCHAFT

Analysesystem: Version 3.0-detail | Methodischer Grundsatz K11+K8 aktiv

Seit Februar 2025 regiert Österreich eine Koalition aus FPÖ (Kanzlerpartei, 57 Sitze) und ÖVP (Juniorpartner, 51 Sitze) unter Bundeskanzler Herbert Kickl. Die Opposition besteht aus SPÖ (41 Sitze), NEOS (18 Sitze) und Grünen (16 Sitze). Die SPÖ ist dabei als stärkste Oppositionspartei besonders relevant — sie ist gleichzeitig Regierungspartei auf Landesebene in mehreren Bundesländern und stellt laut Transkript einen Staatssekretär im Innenministerium sowie einen Klubobmann im Nationalrat.

Besonderheit dieser Sendung: Die SPÖ tritt hier in einer Doppelrolle auf — als Oppositionspartei im Nationalrat (Kucher) und als Regierungspartei auf Bundesebene (Staatssekretär für Nachrichtendienste). Das ist analytisch relevant für die Bewertung der Ausgewogenheit.

Partei	CHES L-R	Sitze	Regierung/Opposition	Kernposition
FPÖ	8.5	57	Regierung (Kanzlerpartei)	Migration/Remigration, EU-Skepsis, nationale Souveränität
ÖVP	6.0	51	Regierung (Juniorpartner)	Wirtschaftsstandort, strenge Asylpolitik, Technologieoffenheit
SPÖ	3.0	41	Opposition (Bundesebene) / Regierung (Länder)	Arbeitnehmerrechte, Vermögensteuer, soziale Absicherung
NEOS	5.5	18	Opposition	Liberale Wirtschaftspolitik, Transparenz, EU-Integration
Grüne	2.5	16	Opposition	Klimaschutz, humane Asylpolitik, soziale Absicherung

Die dominante Konfliktlinie ist die Budgetkonsolidierung: Die FPÖ-ÖVP-Regierung muss ein massives Defizit abbauen, während die SPÖ als Oppositionspartei Sparmaßnahmen bei Pensionen und Sozialleistungen kritisiert — obwohl sie laut Transkript selbst an der Budgeteinigung beteiligt war (Kucher spricht von "wir"). Eine zweite Spannungslinie ist die Frage der Sicherheit im Parlament und die Beziehung der FPÖ zur Identitären Bewegung, die in dieser Sendung prominent behandelt wird. Dritte Konfliktlinie: Energiepolitik und Klimawandel am Beispiel Kaunertal, wo Versorgungssicherheit gegen Naturgefahren und Umweltschutz abgewogen wird.

Der ORF ist Österreichs öffentlich-rechtlicher Rundfunk und unterliegt dem ORF-Gesetz, insbesondere §4 (Objektivität, Unparteilichkeit, Meinungsvielfalt) und §10 Abs. 7 (angemessene Berücksichtigung aller Nationalratsparteien). Die FPÖ unter Kickl hat den ORF historisch als politisch links eingestuft und strebt eine ORF-Reform an, was die institutionelle Spannung zwischen Regierungspartei und öffentlich-rechtlichem Rundfunk erhöht. Die strukturelle Nähe zwischen ÖVP und ORF-Stiftungsrat ist seit Jahren Gegenstand öffentlicher Kritik.



KAPITEL 1 — PARTEIPOLITISCHER BIAS

Partei	Score (-5..+5)	Sendungsdarstellung vs. Programmposition
ÖVP	-1	02:29 "Am meisten bekommt die ÖVP mit 76,5 Mio Euro" — Programmposition Transparenz/Sparsamkeit: korrekt dargestellt, aber ÖVP-Parteitag wird als Kostenfaktor gerahmt ohne analoge Behandlung anderer Parteien. 08:08 ÖVP-Podcast mit "eher wohlwollenden Fragen" — leicht negativ konnotiert, aber faktisch korrekt. Insgesamt: leicht verzerrt durch selektive Fokussierung auf ÖVP-Ausgaben im Parteienförderungs-Segment.
SPÖ	+2	09:32–19:12 Kucher-Interview: SPÖ-Positionen (Bankenabgabe, Kinderbetreuung, Pensionsschutz, breite Schultern) werden korrekt und ausführlich dargestellt. Kucher erhält Plattform ohne vergleichbare Gegenstimme aus der Regierung. Programmposition "Vermögensteuer/breite Schultern" korrekt abgebildet. Score leicht positiv wegen Plattformvorteil.
FPÖ	-4	19:12–33:08 Identitären-Segment: FPÖ-Programmposition (Remigration als legitime Migrationspolitik) wird ausschließlich durch Gegner gerahmt. 27:04 Kickl-Zitat "Remigration starten" wird unmittelbar mit Weidinger-Aussage "ethnische Säuberung" verknüpft. FPÖ-Ablehnung von Interview wird mehrfach betont (31:10, 33:13). Keine FPÖ-Stimme zur eigenen Position. Programmposition "nationale Souveränität, Remigration" wird als rechtsextrem gerahmt, nicht als Parteiposition dargestellt.
Grüne	+1	37:24 Gebi Mair erhält ausführliche Redezeit im Kaunertal-Segment. Grüne Kernposition (Klimaschutz, kritische Infrastrukturprüfung) korrekt dargestellt. Leicht positiv durch unkommentierte Plattform.
NEOS	0	04:57–06:03 JUNOS-Forderung nach Halbierung der Parteienförderung korrekt dargestellt. NEOS-Widerspruch (in Regierung, aber keine Umsetzung) wird angesprochen. Ausgewogen.

Parteibias-Zusammenfassung

- Genaueste Darstellung: NEOS, Score 0
- Stärkste Verzerrung: FPÖ, Score -4
- Durchschnittliche Abweichung von 0: 1.6
- Fazit: Die Sendung zeigt eine klare asymmetrische Behandlung der FPÖ: Während SPÖ-Positionen unkommentiert und ausführlich dargestellt werden, wird die FPÖ ausschließlich im Kontext von Rechtsextremismus-Vorwürfen behandelt. Die FPÖ-Kernposition "Remigration" wird nicht als Parteiposition, sondern durch den Expertenrahmen als "ethnische Säuberung" definiert — ohne dass die Partei selbst zu Wort kommt. Das ist eine strukturelle Verzerrung, die §4 ORF-Gesetz berührt.



KAPITEL 2 — SENDUNGSINFO UND THEMENRAHMEN

Sendungsdaten

- Titel: ORF Report
- Datum: 28.04.2026
- Moderator/in / Reporter: H. Nüchtern, A. Neumayr (UT-Angabe); Reporter im Feld: Emanuel Liedl (31:55 namentlich genannt)
- Interviewte Personen:

Akteure	Funktion	Partei/Zuordnung	Politisches Spektrum
Philip Kucher	SPÖ-Klubobmann	SPÖ	Links (3.0)
Florian Hiegelsberger	OÖ-Landesgeschäftsführer ÖVP	ÖVP	Mitte-rechts (6.0)
Sophie Wotschke	JUNOS- Bundesvorsitzende, NEOS- Parlamentarierin	NEOS	Mitte-liberal (5.5)
Barbara Sommerer	Gutachterin Rechnungshof (Nationalratswahl 2024)	Unabhängig/Fachexpertin	Neutral
Bernhard Weidinger	DÖW (Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes)	NGO, staatlich mitfinanziert	Links-progressiv
Andreas Mölzer	FPÖ-naher Publizist	FPÖ-Umfeld	Rechts (8.0)
Andreas Hanger	ÖVP-Abgeordneter	ÖVP	Mitte-rechts (6.0)
SPÖ-Staatssekretär (Name nicht genannt)	Staatssekretär für Nachrichtendienste	SPÖ	Links (3.0)
Wilfried Haeberli	Schweizer Permafrost- Experte	Wissenschaft/WWF- Auftraggeber	Fachlich neutral, aber im WWF-Auftrag
Maximilian Frey	WWF-Vertreter	NGO (Umwelt)	Links-grün
Gebi Mair	Chef Tiroler Grüne	Grüne	Links (2.5)
Michael Holzmann	TIWAG-Talsperren- Verantwortlicher	Projektbetreiber	Wirtschaftlich-neutral
Anita Hofmann	Kaunertalerin, Projektgegnerin	Zivilgesellschaft/gegen Projekt	Nicht einordenbar
Christian Kalsberger	Bürgermeister Kaunertal	Kommunalpolitik	Pro-Projekt
Landeshauptmann Tirol (nicht interviewt)	Landeshauptmann	ÖVP	Mitte-rechts

Hauptthema



Schweizerischer Verein für ausgewogene Berichterstattung
Association suisse pour une information équilibrée
Associazione svizzera per un reporting equilibrato

Die Sendung behandelt drei Themenblöcke: (1) Parteienförderung im Kontext der Budgetkonsolidierung, (2) parlamentarische Mitarbeiter der FPÖ mit Verbindungen zur Identitären Bewegung, (3) das umstrittene Kraftwerksprojekt Kaunertal.



KAPITEL 3 — 15 KRITERIEN: DETAILANALYSE

Hardfacts

Hardfacts — 9 Techniken, die zählbar und wissenschaftlich belastbar sind

1. EXPERTENAUSWAHL

7/10

1 2 3 4 5 6 7 8 9 10

Experte 1: Bernhard Weidinger, DÖW

Zeitstempel: 22:58–25:10 und 27:24–27:49

Aussage: "Das Besondere an der Identitären Bewegung [...] ist, dass sie dieselben Forderungen in eine verträglichere Verpackung kleiden." / "Das Remigrations-Projekt, das im Grunde nix anderes ist als ein Programm der ethnischen Säuberung."

Einordnung: Weidinger ist Mitarbeiter des DÖW, das seit 2020 den staatlichen Rechtsextremismus-Bericht erstellt. Das DÖW ist institutionell auf die Dokumentation und Bekämpfung von Rechtsextremismus ausgerichtet — das ist sein Mandat und seine Existenzberechtigung.

Fehlende Gegenstimme: Ein unabhängiger Politikwissenschaftler ohne institutionelles Mandat zur Bekämpfung von Rechtsextremismus; ein Verfassungsrechtler zur Frage der Abgrenzung legaler Parteilarbeit von Extremismus.

Quellen-Tiefencheck Weidinger:

(a) FINANZIERUNG: DÖW wird zu erheblichem Teil aus öffentlichen Mitteln finanziert (Bund, Wien). Seit 2020 staatlicher Auftrag für den Rechtsextremismus-Bericht des Innen- und Justizministeriums.

Interessenkonflikt: Das DÖW hat ein institutionelles Interesse daran, Rechtsextremismus als bedeutsames und wachsendes Problem darzustellen — das sichert Relevanz und Finanzierung. Bei der Beurteilung der Frage "Wie gefährlich sind die Identitären?" ist das ein struktureller Interessenkonflikt.

(b) MANDAT: Das DÖW hat explizit den Auftrag, Rechtsextremismus zu dokumentieren und zu bekämpfen. Das ist nicht kompatibel mit einer neutralen Einschätzung der Frage, ob eine bestimmte Bewegung rechtsextrem ist — das ist die Kernfrage, zu der Weidinger als Experte befragt wird.

D1 Interessenkonflikt: -1 — Institutionelles Interesse an Relevanz der Themas; staatlicher Auftraggeber ist gleichzeitig politischer Akteur

D2 Persönliches Risiko: +1 — Weidinger riskiert beruflich wenig mit dieser Einschätzung; sie entspricht seinem Mandat

D3 Fachkompetenz: +2 — Langjährige Beobachtung der Identitären seit 2012; einschlägige Publikationen

D4 Meinungskonsistenz: +2 — Konsistente Einschätzung über Jahre

D5 Emotionalisierung vs. Daten: 0 — Mischung aus Faktendarstellung und wertenden Begriffen ("ethnische Säuberung")

D6 Quellenstufe: +1 — Primärbeobachtung, aber institutionell gefiltert

TOTAL: +5 → QUELLENAMPEL: GRÜN (knapp)

(c) FACHKOMPETENZ: JA — "beobachtet die Identitäre Bewegung seit 2012" und "verantwortlich für den Rechtsextremismus-Bericht" klingt nach unabhängiger Expertise, verschweigt aber den strukturellen Interessenkonflikt. Das ist Technik Nr. 2 (Quellenauswahl).

Experte 2: Barbara Sommerer, Rechnungshof-Gutachterin

Zeitstempel: 06:17–07:51



Schweizerischer Verein für ausgewogene Berichterstattung
Association suisse pour une information équilibrée
Associazione svizzera per un reporting equilibrato

Aussage: "Parteien geben 50 bis 80 % ihres Gesamtjahresumsatzes in Wahljahren für Werbung, für Marketing und PR aus."

Einordnung: Sommerer hat für den Rechnungshof Gutachten zur Nationalratswahl 2024 erstellt. Der Rechnungshof ist eine unabhängige Kontrollbehörde.

Fehlende Gegenstimme: Ein Parteivertreter, der die Notwendigkeit von Wahlkampfausgaben erklärt; ein Medienökonom zur Frage, ob der Vergleich mit Unternehmensmarketing sachgerecht ist.

Quellen-Tiefencheck Sommerer:

(a) FINANZIERUNG: Rechnungshof ist staatlich finanziert, aber institutionell unabhängig.

Interessenkonflikt: Gering — Rechnungshof hat kein direktes Interesse an einer bestimmten politischen Einschätzung.

(b) MANDAT: Kompatibel — Rechnungshof-Gutachten zur Parteienfinanzierung ist genau ihr Fachgebiet.

D1 Interessenkonflikt: +1 — Institutionell unabhängig

D2 Persönliches Risiko: +1 — Gutachterin ohne politische Agenda

D3 Fachkompetenz: +2 — Direkte Fachkompetenz durch Rechnungshof-Gutachten

D4 Meinungskonsistenz: +1 — Keine gegenteiligen Aussagen bekannt

D5 Emotionalisierung vs. Daten: +2 — Datenbasiert (konkrete Prozentzahlen)

D6 Quellenstufe: +2 — Primärquelle (eigene Gutachten)

TOTAL: +9 → QUELLENAMPEL: GRÜN

(c) FACHKOMPETENZ: Wird korrekt als Fachexpertin gerahmt. Kein Framing-Problem.

Experte 3: Wilfried Haeberli, Permafrost-Experte

Zeitstempel: 34:23–35:57 und 45:14–45:49

Aussage: "Die TIWAG hat sich professionell mit der Gegenwart beschäftigt, aber nicht mit der Zukunft."

Einordnung: Haeberli ist ein anerkannter Schweizer Permafrost-Wissenschaftler. Seine Studie wurde jedoch im Auftrag des WWF erstellt — einer Umwelt-NGO, die das Kaunertal-Projekt ablehnt.

Fehlende Gegenstimme: Ein unabhängiger Permafrost-Experte ohne WWF-Mandat; ein Gutachter der TIWAG oder der Behörden.

Quellen-Tiefencheck Haeberli:

(a) FINANZIERUNG: Studie im Auftrag des WWF — einer Umwelt-NGO, die das Projekt ablehnt.

Interessenkonflikt: Der Auftraggeber hat ein klares Interesse an einem bestimmten Ergebnis. Das bedeutet nicht, dass die Studie falsch ist, aber es ist ein relevanter Interessenkonflikt.

(b) MANDAT: Fachlich kompatibel (Permafrost-Expertise), aber Auftragsforschung für eine Advocacy-Organisation.

D1 Interessenkonflikt: -1 — WWF-Auftraggeber mit klarer Projektablehnungs-Position

D2 Persönliches Risiko: +1 — Renommierter Wissenschaftler, der seine Reputation riskiert

D3 Fachkompetenz: +2 — Weltweite Anerkennung im Permafrost-Bereich

D4 Meinungskonsistenz: +2 — Konsistente wissenschaftliche Position

D5 Emotionalisierung vs. Daten: +1 — Überwiegend datenbasiert

D6 Quellenstufe: +1 — Eigene Forschung, aber im Auftragskontext

TOTAL: +6 → QUELLENAMPEL: GRÜN

(c) FACHKOMPETENZ: Wird als neutraler Wissenschaftler gerahmt, ohne den WWF-Auftragskontext zu erwähnen. Das ist ein Framing-Problem.

Fehlende Expertengruppen:

- Verfassungsrechtler zur Frage der Sicherheitsüberprüfung von Parlamentsmitarbeitern
- Unabhängiger Politikwissenschaftler (ohne DÖW-Mandat) zur FPÖ/Identitären-Frage
- Unabhängiger Permafrost-Experte ohne WWF-Mandat

Quellenampel für die Teilnehmer:

Präsident: Schläpfer, David - **Kontakt:** kontakt@SVFAB.ch - **Adresse:** SVFAB, Postfach, CH-8021 Zürich 1

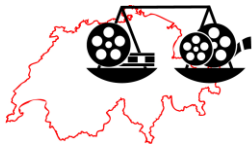


Schweizerischer Verein für ausgewogene Berichterstattung
Association suisse pour une information équilibrée
Associazione svizzera per un reporting equilibrato

Quelle	D1	D2	D3	D4	D5	D6	Total	Ampel
Bernhard Weidinger, DÖW	-1	+1	+2	+2	0	+1	+5	GRÜN
Barbara Sommerer, Rechnungshof-Gutachterin	+1	+1	+2	+1	+2	+2	+9	GRÜN
Wilfried Haerberli, Permafrost-Experte	-1	+1	+2	+2	+1	+1	+6	GRÜN

Zusammenfassung:

Experte	Quellenampel	Hauptproblem
Weidinger (DÖW)	GRÜN (knapp, +5)	Struktureller Interessenkonflikt nicht offengelegt; als neutrale Instanz gerahmt
Sommerer (RH)	GRÜN (+9)	Kein Problem
Haerberli (WWF-Auftrag)	GRÜN (+6)	WWF-Auftragskontext nicht erwähnt



2. QUELLENAUSWAHL

7/10

1

2

3

4

5

6

7

8

9

10

Behauptungen ohne Erstquelle = Strafpunkte (Gerüchteprüfung)

Quelle 1: "gut informierte Sicherheitskreise"

Zeitstempel

22:01 — Aussage: "Dabei geht es um 10 bis 20 Personen, wie wir aus gut informierten Sicherheitskreisen erfahren."

- (a) **Finanzierung und Trägerschaft:** Anonym — keine Identifizierung möglich.
- (b) **Struktureller Interessenkonflikt:** Sicherheitskreise können politisch motiviert sein; die Information könnte aus dem Innenministerium stammen, das von der SPÖ (Staatssekretär) mitverantwortet wird.
- (c) **Fehlt eine Quelle, die eine Gegenseite belegen würde:** JA — eine offizielle Stellungnahme des Verfassungsschutzes oder des Innenministeriums.

Gerüchteprüfung:

Gerücht 1:

Zeitstempel: 22:01

Behauptung: "Dabei geht es um 10 bis 20 Personen, wie wir aus gut informierten Sicherheitskreisen erfahren."

Wortmarker: "wie wir aus gut informierten Sicherheitskreisen erfahren" — klassische anonyme Quelle ohne Erstquelle

Erstquelle vorhanden: NEIN — Strafpunkt +1

Gerücht 2:

Zeitstempel: 00:00 (Einblendung) — Behauptung: "Wir finden nicht und probieren unser Glück im Parlament."

Wortmarker: Kontext unklar, keine Erstquelle

Erstquelle vorhanden: NEIN — Strafpunkt +1

Quelle 2: DÖW (Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes)

Zeitstempel

22:58 — Aussage: Weidinger als Experte für Rechtsextremismus

- (a) **Finanzierung:** Öffentlich (Bund, Wien), seit 2020 staatlicher Auftrag für Rechtsextremismus-Bericht.
- (b) **Struktureller Interessenkonflikt:** DÖW hat institutionelles Interesse an Relevanzverlust des Themas Rechtsextremismus. Bei der Beurteilung, ob eine Bewegung rechtsextrem ist, ist das ein Interessenkonflikt.
- (c) **Fehlende Gegenquelle:** Unabhängiger Politikwissenschaftler ohne institutionelles Mandat.

KIRCHLICH/STAATLICH FINANZIERTE STELLEN: DÖW ist staatlich mitfinanziert und hat staatlichen Auftrag → Als "staatlich mitfinanziert, struktureller Interessenkonflikt bei Beurteilung der Gefährlichkeit von Rechtsextremismus" zu kennzeichnen. Wird in der Sendung nicht als solche gekennzeichnet.

Quelle 3: WWF (Maximilian Frey)

Zeitstempel

40:38 — Aussage: "Durch die veränderte Betriebsweise, durch den Ausbau, wird das Gefahrenpotenzial vergrößert."

- (a) **Finanzierung:** NGO, Spendenfinanzierung, internationale Vernetzung.
- (b) **Struktureller Interessenkonflikt:** WWF ist institutionell gegen Großprojekte in Naturschutzgebieten — klare Advocacy-Position.
- (c) **Fehlende Gegenquelle:** Unabhängiger Energieexperte; TIWAG-Gutachter.



Schweizerischer Verein für ausgewogene Berichterstattung
Association suisse pour une information équilibrée
Associazione svizzera per un reporting equilibrato

NGO/Advocacy-Organisation: WWF ist eine Advocacy-Organisation mit klarer Projektablehnungs-Position. Wird in der Sendung nicht als parteiische Stimme, sondern als Fachperspektive gerahmt.

Zusammenfassung: Die Quellenauswahl ist systematisch einseitig: Anonyme Sicherheitskreise (nicht verifizierbar), DÖW (staatlich finanziert, institutionelles Mandat gegen Rechtsextremismus) und WWF (Advocacy-NGO gegen das Projekt) werden als neutrale Fachquellen gerahmt, ohne ihre strukturellen Interessenkonflikte offenzulegen. Zwei Gerüchte ohne Erstquelle wurden identifiziert (+2 Strafpunkte).



3. ZEITVERTEILUNG

6/10

1

2

3

4

5

6

7

8

9

10

Geschätzte Redezeit (Themenblock 2 — Identitäre/FPÖ, ca. 19:12–33:08, ~14 Min.):

- Weidinger (DÖW, FPÖ-kritisch): ca. 3,5 Min. (25%)
- Hanger (ÖVP, FPÖ-kritisch): (7%)
- Hammer (Grüne, FPÖ-kritisch): ca. 1,5 Min. (11%)
- SPÖ-Staatssekretär (FPÖ-kritisch): (7%)
- Mölzer (FPÖ-naher Publizist, nicht Parteivertreter): ca. 0,5 Min. (4%)
- Reporter/Narration (FPÖ-kritisch gerahmt): ca. 6,5 Min. (46%)
- FPÖ direkt: 0 Min. (0%)

Geschätzte Redezeit (Themenblock 1 — Budget/Parteienförderung, ca. 00:00–19:12, ~19 Min.):

- Kucher (SPÖ): (37%)
- Sommerer (Rechnungshof): ca. 1,5 Min. (8%)
- Wotschke (NEOS/JUNOS): (5%)
- Hiegelsberger (ÖVP): ca. 0,5 Min. (3%)
- Reporter/Narration: (47%)
- FPÖ: 0 Min. (0%)
- Regierungsvertreter (FPÖ/ÖVP Bundesebene): 0 Min. (0%)

Geschätzte Redezeit (Themenblock 3 — Kantonstal, ca. 33:19–46:09, ~13 Min.):

- Haeblerli (WWF-Auftraggeber, projektskeptisch): (23%)
- Frey (WWF, projekt ablehnend): ca. 1,5 Min. (12%)
- Mair (Grüne, projekt ablehnend): (15%)
- Hofmann (Projektgegnerin): (8%)
- Holzmann (TIWAG, projekt befürwortend): (8%)
- Kalsberger (Bürgermeister, pro-Projekt): ca. 0,5 Min. (4%)
- Reporter/Narration: (31%)

Zusammenfassung: Die Zeitverteilung ist in allen drei Themenblöcken asymmetrisch zugunsten kritischer/linker Positionen. Im Identitären-Segment erhält die FPÖ als betroffene Partei null Redezeit, während vier verschiedene Kritiker zu Wort kommen. Im Budget-Segment dominiert der SPÖ-Oppositionspolitiker, während die Regierungsparteien (FPÖ, ÖVP Bundesebene) nicht vertreten sind.



4. WEGLASSEN (Selective Omission)

7/10

1 2 3 4 5 6 7 8 9 10

Auslassung 1: Vergleichsperspektive zu Extremismus-Verbindungen anderer Parteien

Kontext

Das Identitären-Segment behandelt ausschließlich FPÖ-Mitarbeiter mit Verbindungen zu einer rechtsextremen Bewegung. Es wird nicht gefragt, ob andere Parteien ähnliche Verbindungen zu linksextremen oder anderen extremen Bewegungen haben.

Relevant bei: 19:12–33:08

Wirkung

Das Weglassen suggeriert, dass das Problem exklusiv bei der FPÖ liegt, was eine strukturelle Parteilichkeit erzeugt.

Auslassung 2: FPÖ-Regierungsposition zum Budget

Kontext

Das Budget-Segment behandelt die Budgetkonsolidierung ausführlich, aber ausschließlich durch den SPÖ-Oppositionspolitiker Kucher. Die FPÖ als Kanzlerpartei, die das Budget verantwortet, kommt nicht zu Wort.

Relevant bei: 09:32–19:12

Wirkung

Das Weglassen erzeugt den Eindruck, dass die SPÖ die Budgetpolitik kommentiert, ohne dass die verantwortliche Regierungspartei ihre Position darlegen kann.

Auslassung 3: WWF-Auftragskontext der Haeberli-Studie

Kontext

Haeberli wird als unabhängiger Wissenschaftler präsentiert. Dass seine Studie im Auftrag des WWF erstellt wurde — einer Organisation, die das Projekt ablehnt — wird nicht erwähnt.

Relevant bei: 34:23

Wirkung

Das Weglassen erzeugt den falschen Eindruck einer unabhängigen wissenschaftlichen Einschätzung.

Zusammenfassung: Die Auslassungen folgen einem konsistenten Muster: Informationen, die die kritische Rahmung der FPÖ oder des Kaunertal-Projekts relativieren würden, werden systematisch weggelassen. Das ist kein Zufall, sondern ein strukturelles Muster.

Fehlende Stimmen

- FPÖ-Klubobmann oder Generalsekretär: Hätte die Parteiposition zu Mitarbeitern und Identitären direkt dargestellt — stattdessen nur Verweigerungsdocumentation.
- Verfassungsrechtler/in: Hätte die rechtlichen Grenzen der Sicherheitsüberprüfung von Parlamentsmitarbeitern und die verfassungsrechtliche Dimension der Parteienförderung eingeordnet.
- Vertreter anderer Parteien zu Extremismus-Verbindungen: Hätte eine Vergleichsperspektive ermöglicht (z.B. linksextreme Verbindungen bei anderen Parteien).
- Unabhängiger Wirtschaftsexperte zum Budget: Hätte die Fiskalrat-Einschätzung unabhängig von Kuchers Darstellung eingeordnet.
- TIWAG-Vorstand oder Energieexperte: Hätte die energiepolitische Dimension des Kaunertal-Projekts jenseits von Naturgefahren dargestellt.



Schweizerischer Verein für ausgewogene Berichterstattung
Association suisse pour une information équilibrée
Associazione svizzera per un reporting equilibrato

- Landeshauptmann Tirol (ÖVP): Hätte die politische Entscheidungsebene zum Kaunertal-Projekt vertreten — Verweigerung ist dokumentiert, aber kein Ersatz.
- Unabhängiger Geologe ohne WWF-Mandat: Hätte die Haeberli-Studie unabhängig bewertet.
- Pensionistenvertreter: Hätte die Betroffenenperspektive bei Pensionskürzungen eingebracht, die im Kucher-Interview nur abstrakt behandelt wird.



5. ZAHLEN-MANIPULATION

4/10

1

2

3

4

5

6

7

8

9

10

Vollständige Zahlen umfassen: Absolutwert, Anteil (%) und Trend

Befund 1: Parteienförderung Deutschland-Österreich-Vergleich

Zeitstempel 10:47

Zahl: "Das zehnmal so große Deutschland gibt in absoluten Zahlen weniger aus."

Dimensionen:

- (a) Absolutwert: gezeigt (266 Mio. Österreich vs. weniger Deutschland)
- (b) Anteil/Pro-Kopf: NICHT gezeigt — Deutschland hat ~84 Mio. Einwohner, Österreich ~9 Mio. Der Pro-Kopf-Vergleich wäre der relevante Maßstab.
- (c) Trend: NICHT gezeigt

Fehlender Kontext

Deutschland finanziert Parteien auch über andere Kanäle (Stiftungen, Fraktionsmittel). Der Vergleich ist methodisch problematisch.

Wirkung

Suggestiert, dass Österreich im internationalen Vergleich extrem verschwenderisch ist, ohne die methodischen Einschränkungen des Vergleichs zu nennen.

Befund 2: 10 bis 20 Personen unter Verfassungsschutz-Beobachtung

Zeitstempel 22:01

Zahl: "Dabei geht es um 10 bis 20 Personen"

Dimensionen:

- (a) Absolutwert: gezeigt (aber mit großer Bandbreite: 10–20)
- (b) Anteil: NICHT gezeigt — Wie viele parlamentarische Mitarbeiter hat die FPÖ insgesamt? Wie viele haben alle Parteien zusammen?
- (c) Trend: NICHT gezeigt

Fehlender Kontext

Ohne Gesamtzahl der FPÖ-Parlamentsmitarbeiter ist die Zahl 10–20 nicht einzuordnen.

Wirkung

Die Zahl klingt groß und bedrohlich, ohne dass ein Verhältnis hergestellt wird.

Zusammenfassung: Zwei relevante Zahlen-Manipulationen durch selektive Dimensionsdarstellung: Der Deutschland-Vergleich fehlt die Pro-Kopf-Dimension, die Verfassungsschutz-Zahl fehlt die Anteilsdimension. Beide Auslassungen verstärken die kritische Rahmung.



6. GUILT BY ASSOCIATION (Kontaktschuld)

8/10

1 2 3 4 5 6 7 8 9 10

Assoziation 1: Kickl-Zitat → "ethnische Säuberung"

Zeitstempel	27:04–27:49
Zitat	<i>Kickl: "Bevölkerungsaustausch stoppen, Remigration starten" / unmittelbar danach Weidinger: "Das Remigrations-Projekt, das im Grunde nix anderes ist als ein Programm der ethnischen Säuberung."</i>
Technik: Direkte Schnittfolge: Kickl-Originalton → Weidinger-Bewertung. Kein Kommentar, keine Distanzierung, keine Gegenstimme. Die Assoziation wird durch die Montage hergestellt.	
Wirkung	Kickls Verwendung des Begriffs "Remigration" wird durch die Schnittfolge direkt mit "ethnischer Säuberung" gleichgesetzt — ohne dass Kickl oder die FPÖ die Möglichkeit haben, diese Gleichsetzung zu bestreiten.

Assoziation 2: FPÖ-Mitarbeiter → Identitäre → Christchurch-Attentäter

Zeitstempel	25:20–25:43
Zitat	<i>"Mitte März 2019 tötete ein Rechtsextremist 51 MuslimInnen [...] in Christchurch. Ein Problem für die Identitären, denn der Attentäter hatte an deren Sprecher Martin Sellner gespendet."</i>
Technik: Assoziationskette: FPÖ-Mitarbeiter → Identitäre → Sellner → Christchurch-Attentäter. Die Kette wird nicht explizit gezogen, aber durch die narrative Struktur impliziert.	
Wirkung	FPÖ-Parlamentsmitarbeiter werden in eine Assoziationskette mit einem Massenmörder gestellt.

Assoziationskette: FPÖ-Parlamentsmitarbeiter → Identitäre → Sellner → Christchurch-Attentäter (Spende)

Assoziation 3: Remigration → Nationalsozialismus

Zeitstempel	23:34–23:50
Zitat	<i>"Begriffe, die negativ konnotiert sind, die man mit Nationalsozialismus in Verbindung bringt, wie 'Umvolkung', werden ersetzt. Man sagt nicht 'Überfremdung', man sagt 'großer Austausch'. Man fordert keine Massendeportationen, sondern Remigration."</i>
Technik: Semantische Gleichsetzung: Remigration = Massendeportationen (nur anders verpackt). Da Remigration ein offizieller Begriff im FPÖ-Programm ist, wird die FPÖ-Programmatik implizit mit NS-Begrifflichkeiten gleichgesetzt.	
Wirkung	FPÖ-Regierungsprogramm wird als semantisch verschleierter Nationalsozialismus gerahmt.

Für Weidinger als "Experte" — Kategorisierung:

- Arbeitet mit belegbaren Primärquellen: JA (Dokumentationsarchiv)
- Kernaussagen falsifizierbar: TEILWEISE (Faktendarstellung ja, Wertungen wie "ethnische Säuberung" sind normative Setzungen)
- Persönliches Risiko: GERING (entspricht institutionellem Mandat)
- Gewinn: Institutionelle Relevanz, staatlicher Auftrag
- Netto: Risiko < Gewinn → reduzierte Glaubwürdigkeit bei normativen Wertungen



Schweizerischer Verein für ausgewogene Berichterstattung
Association suisse pour une information équilibrée
Associazione svizzera per un reporting equilibrato

- KATEGORIE: B — Grenzfall: Faktendarstellung belegt, normative Wertungen ("ethnische Säuberung") sind nicht falsifizierbar und entsprechen dem institutionellen Mandat.

Zusammenfassung: Die Sendung verwendet systematisch Guilt-by-Association-Techniken: Kickl wird durch Schnittfolge mit "ethnischer Säuberung" assoziiert, FPÖ-Mitarbeiter werden in eine Assoziationskette mit dem Christchurch-Attentäter gestellt, und der Begriff "Remigration" wird als semantisch verschleierter NS-Begriff gerahmt. Diese Techniken sind besonders problematisch, weil die FPÖ keine Möglichkeit erhält, die Assoziationen zu bestreiten.



7. TIMING

5/10

1

2

3

4

5

6

7

8

9

10

Befund 1: Identitären-Segment nach Kucher-Interview

Position: 19:12 (nach dem SPÖ-Interview)

Inhalt: Unmittelbar nach dem wohlwollenden SPÖ-Interview folgt das kritische FPÖ-Segment.

Timing-Effekt

Der Kontrast zwischen dem konstruktiven SPÖ-Auftritt (Kucher erklärt Budgetpolitik) und dem anschließenden FPÖ-Segment (Rechtsextremismus-Vorwürfe) wird durch die Platzierung verstärkt. Der Zuschauer vergleicht unbewusst: SPÖ = verantwortungsvoller Regierungspartner, FPÖ = Sicherheitsrisiko.

Befund 2: Christchurch-Referenz in der Mitte des Segments

Position: 25:20 (Mitte des Identitären-Segments)

Inhalt: Der Christchurch-Anschlag wird als historischer Kontext eingeführt, bevor die aktuellen Parlamentsmitarbeiter-Verbindungen dargestellt werden.

Timing-Effekt

Die emotionale Aufladung durch den Massenmord-Verweis erfolgt vor der Darstellung der eigentlichen Fakten (Parlamentsmitarbeiter mit Identitären-Verbindungen). Das maximiert die emotionale Wirkung der nachfolgenden Fakten.

Zusammenfassung: Das Timing des Identitären-Segments ist strategisch: Es folgt auf das konstruktive SPÖ-Interview und beginnt mit emotionaler Aufladung (Christchurch) vor der Faktendarstellung. Das verstärkt die Wirkung der Kritik an der FPÖ.



8. SELEKTIVE EMPÖRUNG

6/10

1 2 3 4 5 6 7 8 9 10

Empörung = Bias. Selektive Empörung verstärkt den Befund. Score = Empörungsgrad (0–5) + Selektivität (0–5)

Befund 1: Empörung über FPÖ-Mitarbeiter/Identitäre — kein Vergleich mit anderen Parteien

Zeitstempel: 26:26–27:49

Auslöseereignis: FPÖ-Parlamentsmitarbeiter haben Verbindungen zur Identitären Bewegung.

Reaktion: Hanger (ÖVP): "Das sind potenzielle Staatsgefährder. Das stimmt mich sehr bedenklich." / Hammer (Grüne): "Wenn im Herzen der Demokratie Demokratiefeinde arbeiten, dann haben wir ein Problem."

Vergleich: Es gibt keine Sendungssequenz, in der Parlamentsmitarbeiter anderer Parteien mit Verbindungen zu extremen Bewegungen (z.B. linksextreme Verbindungen) mit vergleichbarer Empörung behandelt werden. Kein analoges Ereignis bei anderen Parteien in dieser Sendung.

Asymmetrie: Nachweisbar — Die Empörung ist ausschließlich auf FPÖ-Mitarbeiter gerichtet. Eine Vergleichsperspektive fehlt vollständig.

Empörungsgrad: 4/5 — Mehrere Stimmen, deutliche Formulierungen ("Staatsgefährder")

Selektivität: 5/5 — Ausschließlich eine Partei betroffen, keine Vergleichsperspektive

Befund 2: Empörung über ÖVP-Parteitag-Kosten — kein Vergleich mit SPÖ-Parteitag

Zeitstempel: 01:29–02:19

Auslöseereignis: ÖVP-Parteitag in Linz mit hohen Kosten, Landesgeschäftsführer verweigert Kostenangabe.

Reaktion: Reporter: "Der finanzielle Einsatz für die Veranstaltung ist enorm" / "Geld, das zu einem großen Teil aus öffentlichen Fördermitteln, also Steuergeld kommt."

Vergleich: 09:00 — SPÖ Wien hat am selben Wochenende ihren Parteitag begangen. Reaktion: Neutrale Erwähnung, kein kritisches Nachfragen zu Kosten, keine Empörungsrahmung.

Asymmetrie: Nachweisbar — ÖVP-Parteitag wird als Kostenproblem gerahmt, SPÖ-Parteitag wird neutral erwähnt. Vergleichbares Auslöseereignis (Parteitag mit Kosten), keine analoge Reaktion.

Empörungsgrad: 2/5 — Implizit, durch Rahmung

Selektivität: 3/5 — Klare Asymmetrie zwischen ÖVP und SPÖ

Zusammenfassung: Zwei nachweisbare selektive Empörungen: (1) FPÖ-Mitarbeiter/Identitäre werden mit starker Empörungsrahmung behandelt, ohne Vergleichsperspektive zu anderen Parteien; (2) ÖVP-Parteitag wird als Kostenproblem gerahmt, SPÖ-Parteitag neutral erwähnt — trotz vergleichbarem Auslöseereignis.



9. VOLLSTÄNDIGKEIT (Selective Omission — Gesamtbild)

7/10

1 2 3 4 5 6 7 8 9 10

Befund 1: Fehlendes FPÖ-Gegengewicht im Identitären-Segment

Zeitstempel 19:12–33:08

Fehlende Perspektive: FPÖ-Parteiposition zu Mitarbeitern und Identitären; rechtliche Einordnung der tatsächlichen Verbote; Vergleichsperspektive zu anderen Parteien.

Relevanz: 14 Minuten Sendezeit über eine Partei, ohne dass diese Partei zu Wort kommt, verletzt das Grundprinzip der Ausgewogenheit.

Auswirkung: Das Gesamtbild ist einseitig: FPÖ = Sicherheitsrisiko, ohne Möglichkeit zur Gegendarstellung.

Befund 2: Fehlendes Regierungsgewicht im Budget-Segment

Zeitstempel 09:32–19:12

Fehlende Perspektive: FPÖ-Kanzlerpartei und ÖVP-Bundesebene zur Budgetpolitik.

Relevanz: Das Budget ist die wichtigste Regierungsentscheidung der Periode. Die verantwortliche Regierungspartei kommt nicht zu Wort.

Auswirkung: Die Budgetpolitik wird ausschließlich durch den Oppositionspolitiker Kucher kommentiert, der gleichzeitig als Regierungspartner auf Länderebene agiert — eine strukturell verzerrte Perspektive.

Befund 3: Fehlende Energiepolitik-Dimension im Kaunertal-Segment

Zeitstempel 33:19–46:09

Fehlende Perspektive: Wirtschaftliche und energiepolitische Analyse des Projekts; Kosten-Nutzen-Vergleich mit Alternativen.

Relevanz: Das Segment behandelt ausführlich Naturgefahren, aber kaum die energiepolitische Notwendigkeit des Projekts.

Auswirkung: Das Gesamtbild ist: Projekt = gefährlich und unnötig, ohne ausgewogene Abwägung.

Zusammenfassung: Die Sendung zeigt in allen drei Themenblöcken systematische Vollständigkeitsmängel: Die FPÖ als Kanzlerpartei kommt in keinem Segment zu Wort, während Kritiker ausführlich zu Wort kommen. Das ist ein strukturelles Muster, das §4 ORF-Gesetz berührt.

Soffacts

Die Sendung erscheint in einem Kontext massiver Budgetkonsolidierung (5 Mrd. Euro Sparbedarf), einer neuen FPÖ-ÖVP-Regierung und einer anhaltenden gesellschaftlichen Debatte über die Grenzen zwischen legitimer Rechtspartei und Rechtsextremismus. Das Identitären-Segment berührt eine der sensibelsten politischen Fragen Österreichs: die Frage, ob die FPÖ als Regierungspartei eine strukturelle Verbindung zu verfassungsfeindlichen Bewegungen unterhält. Das Kaunertal-Segment steht im Kontext der europäischen Energiekrise (Irakrieg wird erwähnt) und der Klimawandel-Debatte über Naturgefahren im Hochgebirge.

Anteil abgedeckter Perspektiven

Invertiert: Originalwert misst Abdeckung (höher = besser). Angezeigt als Abweichung (höher = grössere Lücken).

Themenblock 1 — Parteienförderung:

Präsident: Schläpfer, David - **Kontakt:** kontakt@SVFAB.ch - **Adresse:** SVFAB, Postfach, CH-8021 Zürich 1



Schweizerischer Verein für ausgewogene Berichterstattung
Association suisse pour une information équilibrée
Associazione svizzera per un reporting equilibrato

[A] Vergleichende internationale Perspektive: Warum ist hohe Parteienförderung in manchen Demokratien als Schutz vor Oligarchen-Einfluss konzipiert?

[B] FPÖ-Position zur Parteienförderung (Regierungspartei, größter Gewinner der Wahl)

[C] ÖVP-Position zur Parteienförderung (Regierungspartei)

[D] Verfassungsrechtliche Perspektive: Grenzen der Kürzbarkeit

[E] Historische Perspektive: Entwicklung der Parteienförderung in Österreich

Themenblock 2 — FPÖ/Identitäre:

[F] FPÖ-Stellungnahme zur eigenen Personalpolitik (wurde verweigert, aber Verweigerung ist selbst ein Befund)

[G] Rechtliche Einordnung: Was ist tatsächlich verboten, was nicht?

[H] Vergleichsperspektive: Gibt es ähnliche Verbindungen bei anderen Parteien zu extremen Bewegungen?

[I] Verfassungsrechtliche Perspektive: Grenzen der Sicherheitsüberprüfung von Parlamentsmitarbeitern

Themenblock 3 — Kantonst:

[J] Landeshauptmann Tirol (hat Interviews verweigert: relevant als Befund)

[K] Wirtschaftliche Perspektive: Kosten-Nutzen des Projekts für Energieversorgung

[L] Technische Gegenperspektive zur Haeberli-Studie (TIWAG-Gutachter)

[A] ANGEDEUTET

Zeitstempel: 11:16 — Zitat: "Ich möchte keine amerikanischen Verhältnisse. Dass Groß-Spender Einfluss nehmen können auf die Politik." — Bewertung: Nur durch Kucher (SPÖ) angedeutet, keine unabhängige Analyse.

[B] AUSGELASSEN

Zeitstempel: — — Zitat: — — Bewertung: FPÖ als Kanzlerpartei und größter Wahlgewinner kommt zur Parteienförderung nicht zu Wort.

[C] ANGEDEUTET

Zeitstempel: 01:38–02:12 — Zitat: "Ich werde mich zu den Zahlen nicht äußern." — Bewertung: ÖVP-Landesgeschäftsführer verweigert Auskunft; keine Bundesebene-ÖVP-Stimme.

[D] AUSGELASSEN

Zeitstempel: — — Zitat: — — Bewertung: Keine verfassungsrechtliche Einordnung der Grenzen von Parteienförderungskürzungen.

[E] AUSGELASSEN

Zeitstempel: — — Zitat: — — Bewertung: Historische Entwicklung fehlt vollständig.

[F] ANGEDEUTET

Zeitstempel: 31:10 — Zitat: "Wir hätten versucht, Sie für ein Interview zu bekommen." — Bewertung: Verweigerung wird dokumentiert, aber FPÖ-Position nur durch Mölzer (Publizist, nicht Parteivertreter) vertreten.

[G] ANGEDEUTET

Zeitstempel: 29:58 — Zitat: "Die FPÖ würde sagen, die Identitären sind nicht verboten. Das ist eine NGO von rechts." — Bewertung: Wird als hypothetische FPÖ-Position vom Reporter formuliert, nicht von FPÖ selbst.

[H] AUSGELASSEN

Zeitstempel: — — Zitat: — — Bewertung: Keine Vergleichsperspektive zu anderen Parteien und deren Verbindungen zu extremen Bewegungen.

[I] ANGEDEUTET

Zeitstempel: 32:25 — Zitat: "Ich würde sagen, dass die Mitarbeiterinnen sicherheitsüberprüft sein sollten." — Bewertung: Nur SPÖ-Staatssekretär, keine verfassungsrechtliche Einordnung.



Schweizerischer Verein für ausgewogene Berichterstattung
Association suisse pour une information équilibrée
Associazione svizzera per un reporting equilibrato

[J] ANGEDEUTET

Zeitstempel: 37:16 — Zitat: "Gerne hätten wir den Landeshauptmann dazu befragt, doch der hat mehrere Interviewanfragen ausgeschlagen." — Bewertung: Verweigerung dokumentiert, aber keine Stellungnahme.

[K] ANGEDEUTET

Zeitstempel: 36:53–37:06 — Zitat: "Es wäre 10 Jahre lang eine der größten Baustellen Europas." — Bewertung: Wirtschaftliche Dimension wird erwähnt, aber nicht analysiert.

[L] BEHANDELT

Zeitstempel: 36:01 — Zitat: "Es gibt derzeit keine Anhaltspunkte, dass solch ein Szenario in naher Zukunft auftreten kann." — Bewertung: TIWAG-Vertreter kommt zu Wort, aber deutlich kürzer als Kritiker.

Vollständigkeits-Score: 4/10

Begründung: Von 12 relevanten Perspektiven werden nur 2 vollständig behandelt, 6 angedeutet und 4 vollständig ausgelassen. Besonders gravierend ist das Fehlen der FPÖ-Stimme im Identitären-Segment (trotz 14 Minuten Sendezeit über die Partei) und das Fehlen einer Vergleichsperspektive zu anderen Parteien. Das Kaunertal-Segment ist etwas ausgewogener, leidet aber unter der Abwesenheit des Landeshauptmanns.



Softfacts — 6 qualitative Techniken

10. FRAMING (Rahmen setzen)

7/10

1

2

3

4

5

6

7

8

9

10

Befund 1: Remigration = ethnische Säuberung

Zeitstempel

23:46–23:51

Zitat

"Man fordert keine Massendeportationen, sondern Remigration."

Manipulation

Der Begriff "Remigration" — ein offizieller Begriff im FPÖ-Regierungsprogramm — wird als semantische Verschleierung von "Massendeportationen" gerahmt. Damit wird die FPÖ-Regierungspolitik als verschleierter Extremismus definiert.

Warum problematisch

"Remigration" ist ein politisch umstrittener, aber legaler Begriff. Die Gleichsetzung mit "Massendeportationen" ist eine normative Wertung, keine Faktendarstellung. Sie wird aber als Expertenmeinung präsentiert, nicht als Meinung.

Befund 2: Identitäre = "im Zentrum der Demokratie angekommen"

Zeitstempel

19:48–19:56

Zitat

"Die Identitäre Bewegung - verfassungsfeindlich, demokratiefeindlich und trotzdem im Zentrum der Demokratie angekommen."

Manipulation

Die Einleitung des Segments setzt den Rahmen: Verfassungsfeindliche Bewegung hat das Parlament infiltriert. Das ist eine Schlussfolgerung, die erst durch die nachfolgenden Fakten belegt werden müsste — hier wird sie als Prämisse gesetzt.

Warum problematisch

Die Behauptung "verfassungsfeindlich" ist eine rechtliche Einordnung, die nicht durch ein Gerichtsurteil belegt wird. Die Identitäre Bewegung ist in Österreich nicht verboten. Das Framing überschreitet die Faktenlage.

Befund 3: Kanton Aargau — "Kanton Aargauer mit ihren Sorgen alleine bleiben"

Zeitstempel

43:48–43:53

Zitat

"Während die Kanton Aargauer mit ihren Sorgen alleine bleiben..."

Manipulation

Die Bevölkerung wird als verlassen und schutzlos gerahmt, die Politik als gleichgültig. Der Bürgermeister hat sich aber für das Projekt ausgesprochen — er ist auch ein Kanton Aargauer.

Warum problematisch

Das Framing ignoriert, dass die lokale Bevölkerung gespalten ist (Bürgermeister pro, Hofmann contra). Die Vereinfachung auf "Kanton Aargauer vs. Politik" ist irreführend.

Zusammenfassung: Das Framing der Sendung ist in allen drei Themenblöcken konsistent: FPÖ = Sicherheitsrisiko/Extremismus, Großprojekt = Gefahr/Ignoranz gegenüber Bevölkerung. Diese Rahmungen werden als Fakten präsentiert, sind aber normative Setzungen.



11. WORTWAHL UND BEGRIFFE

6/10

1

2

3

4

5

6

7

8

9

10

Befund 1: "Budgetdesaster" durch Kucher unkommentiert

Zeitstempel	14:44
Zitat	"Es war nicht leicht, Verantwortung für so ein Budgetdesaster zu übernehmen."
Manipulation	Der Begriff "Budgetdesaster" ist eine politische Wertung der SPÖ, die die Vorgängerregierungen (ÖVP-geführt) verantwortlich macht. Er wird vom Moderator nicht hinterfragt.
Warum problematisch	Neutrale Alternative wäre: "Budgetdefizit" oder "Budgetlage". "Desaster" ist eine politische Kampfvokabel, die unkommentiert stehen bleibt.

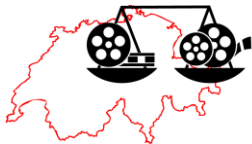
Befund 2: "Symbiotisch" als Charakterisierung FPÖ/Identitäre

Zeitstempel	24:43
Zitat	"Das Dokumentationsarchiv bezeichnet die Beziehung der rechtsextremen Identitären und der FPÖ als 'symbiotisch'."
Manipulation	"Symbiotisch" impliziert gegenseitigen Nutzen und enge Verflechtung. Der Begriff wird als DÖW-Einschätzung präsentiert, aber durch die Sendungsstruktur als Faktum behandelt.
Warum problematisch	Neutrale Alternative wäre: "Das DÖW sieht Verbindungen zwischen FPÖ und Identitären." Die Übernahme des DÖW-Begriffs ohne Distanzierung macht ihn zur Sendungsaussage.

Befund 3: "Kampagnenjournalismus" — FPÖ-Vorwurf ohne Einordnung

Zeitstempel	31:27–31:37
Zitat	"wirft uns die FPÖ Kampagnenjournalismus vor"
Manipulation	Der FPÖ-Vorwurf wird zitiert, aber sofort durch Hafeneckers Aussage relativiert ("Dinge, die zehn Jahre zurückliegen"). Die Frage, ob der Vorwurf berechtigt ist, wird nicht gestellt.
Warum problematisch	Ein Vorwurf des Kampagnenjournalismus gegen den ORF ist eine relevante Aussage, die eine journalistische Selbstreflexion erfordern würde. Stattdessen wird er als FPÖ-Ablenkungsmanöver gerahmt.

Zusammenfassung: Die Wortwahl der Sendung übernimmt konsistent die Sprache der FPÖ-Kritiker ("Budgetdesaster", "symbiotisch", "ethnische Säuberung") ohne Distanzierung, während FPÖ-eigene Begriffe ("Remigration") als Euphemismen für Extremismus gerahmt werden.



12. MODERATIONSVERHALTEN

6/10

1

2

3

4

5

6

7

8

9

10

Befund 1: Nachfrage bei Kucher zu Parteienförderung — kein Vergleich mit Regierungsparteien

Zeitstempel: 11:58–12:05

Auslöseereignis: Kucher weicht der Frage nach konkreten Kürzungen aus.

Zitat (Moderator): "Ich höre heraus, einen Beitrag leisten, an die Inflation anpassen, aber Kürzen höre ich nicht."

Vergleich: Es gibt kein analoges Segment, in dem ein FPÖ- oder ÖVP-Vertreter zu konkreten Kürzungen der Parteienförderung befragt wird.

Asymmetrie: Teilweise nachweisbar — Die Nachfrage ist journalistisch korrekt, aber sie wird nur bei Kucher (SPÖ) gestellt, nicht bei Regierungsvertretern. Das ist eine strukturelle Asymmetrie durch Abwesenheit, nicht durch unterschiedliche Behandlung.

Befund 2: Keine Nachfrage zu Kuchers "Budgetdesaster"-Aussage

Zeitstempel: 14:44–15:04

Auslöseereignis: Kucher bezeichnet das Budget als "Desaster" und schiebt die Verantwortung auf Vorgängerregierungen.

Zitat (Moderator): Keine Nachfrage — Moderator wechselt zum nächsten Thema.

Vergleich: Bei der Frage nach dem Wortbruch bei Pensionen (14:22) wird Kucher direkt konfrontiert. Bei der politisch aufgeladenen "Desaster"-Aussage erfolgt keine Nachfrage.

Asymmetrie: Nachweisbar — Kritische Nachfragen erfolgen bei sachlichen Widersprüchen (Pensionen), aber nicht bei politischen Wertungen (Budgetdesaster).

Befund 3: Keine Konfrontation mit FPÖ-Position im Identitären-Segment

Zeitstempel: 19:12–33:08

Auslöseereignis: 14-minütiges Segment über FPÖ und Identitäre ohne FPÖ-Stimme.

Zitat (Moderator/Reporter): "Über diese Recherche hätten wir gerne mit jemandem aus der FPÖ gesprochen. [...] Leider haben wir nur Absagen bekommen."

Vergleich: Im Kautertal-Segment wird die Verweigerung des Landeshauptmanns (ÖVP) ebenfalls dokumentiert (37:16), aber das Segment ist deutlich ausgewogener (TIWAG kommt zu Wort).

Asymmetrie: Nachweisbar — Die Verweigerung der FPÖ führt zu einem vollständig einseitigen Segment; die Verweigerung des Landeshauptmanns führt zu einem ausgewogeneren Segment. Die redaktionelle Reaktion auf Verweigerungen ist asymmetrisch.

Zusammenfassung: Das Moderationsverhalten zeigt eine strukturelle Asymmetrie: Kritische Nachfragen erfolgen bei Kucher (SPÖ) zu sachlichen Widersprüchen, aber politische Wertungen bleiben unkommentiert. Im Identitären-Segment wird die FPÖ-Verweigerung nicht durch alternative FPÖ-Stimmen kompensiert, während im Kautertal-Segment die ÖVP-Verweigerung durch TIWAG-Vertreter ausgeglichen wird.



13. FRAGEN-ASYMMETRIE

6/10

1 2 3 4 5 6 7 8 9 10

Asymmetrie 1: Kucher vs. Hiegelsberger

An Kucher (SPÖ), 09	36: "Wird die Politik bei sich selber sparen, bei der Parteienförderung?" — neutral/weich
An Kucher (SPÖ), 14	22: "Ist das kein Wortbruch?" — hart (direkte Konfrontation)
An Hiegelsberger (ÖVP), 01	46: "Wie viel kostet so ein Parteitag?" — neutral
An Hiegelsberger (ÖVP), 04	04: "Aber wie viel kostet der Parteitag?" — Nachfrage nach Verweigerung
Vergleich	Kucher wird sowohl weich (Parteienförderung) als auch hart (Wortbruch) befragt. Hiegelsberger wird nur zu Kosten befragt, nicht zu politischen Positionen. Die Asymmetrie liegt in der Tiefe: Kucher wird zu politischen Widersprüchen konfrontiert, Hiegelsberger nur zu Zahlen.

Asymmetrie 2: SPÖ-Staatssekretär vs. FPÖ (nicht vorhanden)

An SPÖ-Staatssekretär, 32	18: "Er könne sich vorstellen, dass künftig auch parlamentarische Mitarbeiter sicherheitsüberprüft werden." — keine kritische Nachfrage zu seiner eigenen Rolle als Staatssekretär für Nachrichtendienste
An FPÖ	Kein Interview möglich (Verweigerung)
Vergleich	Der SPÖ-Staatssekretär wird nicht gefragt, warum er als zuständiger Staatssekretär nicht bereits Maßnahmen ergriffen hat. Die Frage, ob er politisch von der Situation profitiert, wird nicht gestellt.

Zusammenfassung: Die Fragen-Asymmetrie ist strukturell: SPÖ-Vertreter werden zu politischen Widersprüchen konfrontiert (was journalistisch korrekt ist), aber auch mit weichen Fragen bedacht. FPÖ-Vertreter kommen gar nicht zu Wort. Der SPÖ-Staatssekretär wird nicht zu seiner eigenen Verantwortung befragt.



14. FALSE BALANCE

3/10

1

2

3

4

5

6

7

8

9

10

Befund 1: Mölzer als FPÖ-"Gegenstimme"

Zeitstempel

22:21–22:51

Konstrukt: Andreas Mölzer wird als FPÖ-nahe Stimme präsentiert, die die Beschäftigung von Identitären-nahen Mitarbeitern verteidigt.

Analyse

Mölzer ist ein FPÖ-naher Publizist, kein Parteivertreter. Seine Aussage ("Das muss möglich sein in einem freien Land") ist eine schwache Verteidigung, die leicht zu widerlegen ist. Die Wahl eines Publizisten statt eines Parteivertreters erzeugt eine False Balance: Es sieht aus, als hätte die FPÖ eine Stimme, aber die gewählte Stimme ist die schwächstmögliche Verteidigung.

Wirkung

Scheinausgewogenheit, die die Kritik verstärkt statt ausgleicht.

Zusammenfassung: Die Sendung verwendet eine schwache Form von False Balance im Identitären-Segment: Mölzer als FPÖ-nahe Stimme erzeugt den Eindruck von Ausgewogenheit, ist aber kein adäquater Ersatz für eine Parteistellungnahme. Das ist problematischer als gar keine Gegenstimme, weil es Ausgewogenheit simuliert.



15. AGENDA-SETTING

7/10

1

2

3

4

5

6

7

8

9

10

Befund 1: FPÖ = Sicherheitsrisiko als gesetztes Agenda-Element

Gesetztes Agenda-Element: Die FPÖ als Regierungspartei ist ein Sicherheitsrisiko für die Demokratie.

Zeitstempel

19:48 — Beleg: "Die Identitäre Bewegung - verfassungsfeindlich, demokratiefeindlich und trotzdem im Zentrum der Demokratie angekommen."

Alternative Agenda: Die FPÖ als Regierungspartei, die demokratisch gewählt wurde und Regierungsverantwortung trägt; die Frage, ob Sicherheitsüberprüfungen für alle Parlamentsmitarbeiter aller Parteien gelten sollten.

Befund 2: Parteienförderung = Skandal als gesetztes Agenda-Element

Gesetztes Agenda-Element: Die hohe Parteienförderung ist ein Skandal, der in Zeiten der Budgetkonsolidierung nicht zu rechtfertigen ist.

Zeitstempel

01:04 — Beleg: "Aber spart die Politik auch bei sich selbst? Etwa bei der Parteienförderung? Die ist in Österreich sehr hoch."

Alternative Agenda: Die Frage, ob öffentliche Parteienfinanzierung eine demokratische Schutzfunktion hat; die verfassungsrechtlichen Grenzen von Kürzungen; die Frage, ob private Finanzierung tatsächlich besser wäre.

Befund 3: Kautertal-Projekt = gefährlich und unnötig als gesetztes Agenda-Element

Gesetztes Agenda-Element: Das Kautertal-Projekt ist gefährlich (Naturgefahren) und unnötig (Alternativen existieren).

Zeitstempel

45:03 — Beleg: "Ein Projekt, das in 20 Jahren vielleicht kommt, nützt uns nix!"

Alternative Agenda: Die energiepolitische Notwendigkeit des Projekts für die Versorgungssicherheit; die EU-Einstufung als wichtiges Energiewende-Projekt; die wirtschaftlichen Konsequenzen eines Scheiterns.

Zusammenfassung: Die Sendung setzt drei konsistente Agenda-Elemente: FPÖ = Sicherheitsrisiko, Parteienförderung = Skandal, Kautertal = gefährlich. Diese Agenden werden als selbstverständlich behandelt, ohne die Gegenargumente gleichwertig zu präsentieren.



KAPITEL 4 — GESAMTAUSWERTUNG

Ergebnisse

- HARDFACTS-SCORE (Durchschnitt Kriterien 1-9): 6.3 / 10
- SOFTFACTS-SCORE (Durchschnitt Kriterien 10-15): 5.8 / 10

Dominante Techniken

- 1. Guilt by Association (Score 8):** Die Sendung verknüpft FPÖ-Regierungspolitik (Remigration) durch Schnittfolge und Expertenrahmung mit "ethnischer Säuberung" und dem Christchurch-Massenmord, ohne dass die FPÖ die Möglichkeit erhält, diese Assoziationen zu bestreiten. Das ist die wirkungsmächtigste Technik der Sendung, weil sie die Regierungspartei als strukturell extremistisch definiert.
- 2. Agenda-Setting (Score 7):** Die Sendung setzt drei konsistente Agenden (FPÖ = Sicherheitsrisiko, Parteienförderung = Skandal, Kaunertal = gefährlich) als selbstverständliche Prämissen, ohne die Gegenargumente gleichwertig zu behandeln. Diese Agenden werden durch Expertenwahl, Quellenauswahl und Framing konsistent verstärkt.
- 3. Vollständigkeit/Weglassen (Score 7):** Die FPÖ als Kanzlerpartei kommt in keinem der drei Themenblöcke zu Wort. Das ist keine zufällige Auslassung, sondern ein strukturelles Muster: Die Partei, die das Land regiert, wird ausschließlich durch ihre Kritiker dargestellt.

Kernbotschaften der Sendung

****BOTSCHAFT 1 (INHALTLICH):** ** "Die FPÖ als Regierungspartei ist ein Sicherheitsrisiko für die österreichische Demokratie, weil sie strukturelle Verbindungen zu verfassungsfeindlichen Bewegungen unterhält."

Technik: Guilt by Association, Agenda-Setting, Vollständigkeitsmangel — Belege: 19:48, 24:43, 27:04–27:49

****BOTSCHAFT 2 (PERSÖNLICH):** ** "Die Politik spart bei den Bürgern, aber nicht bei sich selbst — und die ÖVP ist dabei besonders unglaubwürdig."

Technik: Selektive Empörung, Framing, Zeitverteilung — Belege: 01:29, 09:00, 10:47

****BOTSCHAFT 3 (GESELLSCHAFTLICH):** ** "Große Infrastrukturprojekte wie Kaunertal sind gefährlich und unnötig — die Bevölkerung wird von der Politik allein gelassen."

Technik: Framing, Quellenauswahl (WWF/Grüne dominieren), Agenda-Setting — Belege: 43:48, 45:03, 37:16

Begründung: Der Gesamtscore von 6.1 liegt an der Grenze zwischen "Klare Einseitigkeit" und "Systematische Schieflage". Die Einordnung als "Systematische Schieflage" ist gerechtfertigt, weil die Einseitigkeit nicht auf einzelne Fehler zurückzuführen ist, sondern einem konsistenten Muster folgt: Die FPÖ als Kanzlerpartei kommt in keinem der drei Themenblöcke zu Wort, während ihre Kritiker ausführlich zu Wort kommen. Das verletzt §4 ORF-Gesetz (Objektivität, Unparteilichkeit, Meinungsvielfalt) in mehrfacher Hinsicht. Besonders gravierend ist das Identitären-Segment, in dem 14 Minuten Sendezeit über eine Partei aufgewendet werden, ohne dass diese Partei eine adäquate Möglichkeit zur Stellungnahme erhält. Die Verweigerung von Interviews durch die FPÖ entbindet den ORF nicht von der Pflicht, die Parteiposition durch andere Mittel (Archivmaterial, schriftliche Stellungnahmen, Parteivertreter auf anderen Ebenen) darzustellen.

FAZIT

Die Sendung zeigt eine systematische Schieflage, die in allen drei Themenblöcken konsistent ist: Die FPÖ als Kanzlerpartei wird ausschließlich durch ihre Kritiker dargestellt, während die SPÖ als Oppositionspartei eine ausführliche und vergleichsweise wohlwollende Plattform erhält. Die dominanten Techniken — Guilt by Association, Agenda-Setting und strukturelle Vollständigkeitsmängel — sind nicht auf einzelne redaktionelle Entscheidungen zurückzuführen, sondern folgen einem erkennbaren Muster. Besonders problematisch ist das Identitären-Segment: Die Verknüpfung von FPÖ-Regierungspolitik (Remigration) mit "ethnischer Säuberung" und dem Christchurch-Massenmord durch Schnittfolge und Expertenrahmung, ohne dass die FPÖ adäquat zu Wort kommt, verletzt §4 ORF-Gesetz (Objektivität, Unparteilichkeit) in einer Weise, die gerichtlich relevant sein könnte. Die Verweigerung von Interviews durch die FPÖ mildert diesen Befund, hebt ihn aber nicht auf — der ORF hat die Pflicht, auch bei Interviewverweigerungen eine ausgewogene Darstellung zu gewährleisten. Die Sendung erfüllt diese Pflicht nicht.



GESAMTAUSWERTUNG DER 15 KRITERIEN

Einzelcores — Alle 15 Kriterien

Nr.	Kriterium	Score	Einordnung
1	EXPERTENAUSWAHL	7	••••
2	QUELLENAUSWAHL	7	••••
3	ZEITVERTEILUNG	6	•••
4	WEGLASSEN (Selective Omission)	7	••••
5	ZAHLEN-MANIPULATION	4	••
6	GUILT BY ASSOCIATION (Kontaktschuld)	8	••••
7	TIMING	5	•••
8	SELEKTIVE EMPÖRUNG	6	•••
9	VOLLSTÄNDIGKEIT (Selective Omission — Gesamtbild)	7	••••
10	FRAMING (Rahmen setzen)	7	••••
11	WORTWAHL UND BEGRIFFE	6	•••
12	MODERATIONSVERHALTEN	6	•••
13	FRAGEN-ASYMMETRIE	6	•••
14	FALSE BALANCE	3	••
15	AGENDA-SETTING	7	••••

HARDFACTS-SCORE (1-8)

6.3/10

*Schwerwiegende Abweichung vom Ausgewogenheitsgebot.
Hoher Abweichungsgrad*

SOFTFACTS-SCORE (9-14)

5.8/10

Erhebliche Schiefelage

GESAMTSCORE

6.1/10

*Schwerwiegende Abweichung vom
Ausgewogenheitsgebot. Hoher Abweichungsgrad*

Gemittelt aus Hardfacts und Softfacts



SCHLÜSSEL — Bedeutung der Scores

Einzelcores pro Kriterium (0–10)

0	Kein Befund	Keine relevante Auffälligkeit festgestellt.
1–2	Schwacher Befund	Leichte Auffälligkeit ohne wesentliche Beeinträchtigung der Ausgewogenheit.
3–4	Leichter bis moderater Befund	Erkennbare Tendenz; Wirkungsrelevanz gering bis moderat.
5	Moderater Befund mit Wirkungsrelevanz	Relevante Schiefelage, die das Meinungsbildungspotenzial des Publikums beeinflusst.
6	Erheblicher Befund (Schwelle)	Scores ab 6 werden als «erhebliche Befunde» ausgewiesen.
7	Erheblicher Befund	Klare, gut belegbare Schiefelage mit deutlicher Wirkungsrelevanz.
8–9	Schwerer Befund	Ausgeprägte Schiefelage; mehrere belegbare Einzelbefunde in diesem Kriterium.
10	Maximale Ausprägung	Systematische, durchgängige Schiefelage in diesem Kriterium.

Aggregierter Abweichungsindex — Interpretationsbereiche

0.0 – 2.5	Unauffällig	Keine wesentlichen Muster erkennbar; Sendung entspricht dem Sachgerechtigkeitsgebot.
2.6 – 4.0	Leichte Schiefelage	Vereinzelte Auffälligkeiten; statistisch sichtbar, aber noch im Toleranzbereich.
4.1 – 6.0	Erhebliche Schiefelage	Mehrere erhebliche Befunde; relevante Beeinträchtigung der Perspektivenvielfalt.
6.1 – 8.0	Schwerwiegende Abweichung vom Ausgewogenheitsgebot. Hoher Abweichungsgrad	Ausgeprägte, sendungsübergreifende Muster; hohe Wirkungsrelevanz.
8.1 – 10	Fundamentale systemische Einseitigkeit. Sehr hoher Bias-Grad	Maximale Ausprägung über fast alle Kriterien; systematisch einseitige Berichterstattung.

Parteilichter Bias (-5 bis +5)

-5 bis -3	Stark benachteiligt	Partei wird in Darstellung, Redezeit oder Framing deutlich schlechter gestellt.
-2 bis -1	Leicht benachteiligt	Erkennbare, aber schwache Benachteiligung.
0	Neutral	Keine feststellbare Bevorzugung oder Benachteiligung.
+1 bis +2	Leicht begünstigt	Erkennbare, aber schwache Bevorzugung.
+3 bis +5	Stark begünstigt	Partei wird in Darstellung, Redezeit oder Framing deutlich bevorzugt.



KAPITEL 5 — RECHTLICHE EINORDNUNG (§4 ORF-Gesetz)

Bewertung nach §4 ORF-Gesetz

Verstoß 1:

Norm: §4 Abs. 1 ORF-Gesetz (Objektivität und Unparteilichkeit der Berichterstattung)

Tatbestand: Im Identitären-Segment (19:12–33:08) wird die FPÖ als Kanzlerpartei 14 Minuten lang ausschließlich durch Kritiker dargestellt. Die einzige FPÖ-nahe Stimme (Mölzer, Publizist) ist kein adäquater Ersatz für eine Parteilichkeitsnahme. Die Verknüpfung von FPÖ-Regierungspolitik mit "ethnischer Säuberung" durch Schnittfolge (27:04–27:49) ohne Gegendarstellung verletzt das Gebot der Unparteilichkeit.

Beleg: Zeitstempel 27:04 — Kickl-Zitat "Remigration starten" / unmittelbar danach 27:24 — Weidinger: "Das Remigrations-Projekt, das im Grunde nix anderes ist als ein Programm der ethnischen Säuberung."

Bewertung: Die Schnittfolge stellt eine redaktionelle Entscheidung dar, die die FPÖ-Regierungspolitik mit einem Begriff gleichsetzt, der strafrechtliche Konnotationen hat ("ethnische Säuberung" = Verbrechen gegen die Menschlichkeit). Ohne adäquate FPÖ-Gegendarstellung verletzt das §4 Abs. 1 ORF-Gesetz.

Verstoß 2:

Norm: §4 Abs. 5 ORF-Gesetz (Berücksichtigung der Meinungsvielfalt) i.V.m. §10 Abs. 7 ORF-Gesetz (angemessene Berücksichtigung aller Nationalratsparteien)

Tatbestand: Die FPÖ als stärkste Partei im Nationalrat (57 Sitze, Kanzlerpartei) kommt in keinem der drei Themenblöcke der Sendung zu Wort. Im Budget-Segment wird die Budgetpolitik ausschließlich durch den SPÖ- Oppositionspolitiker Kucher kommentiert. Im Identitären-Segment wird die FPÖ ausschließlich durch Kritiker dargestellt.

Beleg: Zeitstempel 09:32–19:12 — Kucher-Interview ohne Regierungsvertreter; Zeitstempel 33:13 — "Leider haben wir nur Absagen bekommen."

Bewertung: Die Verweigerung von Interviews durch die FPÖ entbindet den ORF nicht von der Pflicht zur angemessenen Berücksichtigung. Der ORF hätte durch Archivmaterial, schriftliche Stellungnahmen oder Vertreter auf anderen Ebenen (Landesebene, andere Abgeordnete) die FPÖ-Position darstellen können und müssen.

Verstoß 3:

Norm: §4 Abs. 1 ORF-Gesetz (Objektivität) — Quellenoffenlegungspflicht

Tatbestand: Weidinger (DÖW) wird als neutrale Fachinstanz präsentiert, ohne seinen strukturellen Interessenkonflikt (staatlicher Auftrag für Rechtsextremismus-Bericht, institutionelles Interesse an Relevanzverlust) offenzulegen. Haerberli wird als unabhängiger Wissenschaftler präsentiert, ohne den WWF-Auftragskontext zu nennen.

Beleg: Zeitstempel 23:09 — "Seit fünf Jahren ist das Dokumentationsarchiv auch für den jährlich erscheinenden Rechtsextremismus-Bericht des Innen- und Justizministeriums verantwortlich." (staatlicher Auftrag wird erwähnt, Interessenkonflikt nicht); Zeitstempel 34:23 — Haerberli ohne Erwähnung des WWF-Auftrags.

Bewertung: Das Gebot der Objektivität erfordert die Offenlegung von Interessenkonflikten bei zitierten Experten. Das Verschweigen des WWF-Auftrags bei Haerberli und die unvollständige Darstellung des DÖW-Interessenkonflikts verletzt dieses Gebot.

Gesamtbewertung §4 ORF-Gesetz

Die Sendung verletzt §4 ORF-Gesetz in drei Dimensionen: (1) Die Unparteilichkeit der Berichterstattung ist durch die Schnittfolge Kickl/Weidinger und das vollständige Fehlen der FPÖ-Stimme im Identitären-Segment verletzt. (2) Die Meinungsvielfalt ist durch die strukturelle Abwesenheit der Kanzlerpartei in allen drei Themenblöcken verletzt. (3) Die Objektivität ist durch das Verschweigen von Interessenkonflikten bei zitierten Experten verletzt. Die Verweigerung von Interviews durch die FPÖ und den Tiroler Landeshauptmann mildert den Befund, hebt ihn aber nicht auf — der ORF hat eine aktive Pflicht zur ausgewogenen Darstellung, die über die bloße Dokumentation von Interviewverweigerungen hinausgeht. Eine Beschwerde beim KommAustria nach §36 ORF-Gesetz wäre auf Basis dieser Befunde begründbar.



KAPITEL 6 — Quellen-Tiefencheck

Organisation 1: DÖW — Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes

1. FINANZIERUNG: Öffentlich (Bund, Stadt Wien, weitere öffentliche Stellen). Seit 2020 staatlicher Auftrag für den jährlichen Rechtsextremismus-Bericht des Innen- und Justizministeriums.

2. MANDAT: Dokumentation und Bekämpfung von Rechtsextremismus, Nationalsozialismus und verwandten Phänomenen. Das Mandat ist nicht kompatibel mit einer neutralen Einschätzung der Frage, ob eine bestimmte Bewegung rechtsextrem ist — das ist die Kernfrage, zu der das DÖW befragt wird.

3. INTERESSENKONFLIKT: Das DÖW hat ein institutionelles Interesse daran, Rechtsextremismus als bedeutsames und wachsendes Problem darzustellen. Das sichert Relevanz, Finanzierung und staatlichen Auftrag. Bei der Beurteilung der Gefährlichkeit der Identitären ist das ein struktureller Interessenkonflikt.

D1 Interessenkonflikt: -1 — Staatlicher Auftrag, institutionelles Interesse an Relevanzerhalt

D2 Persönliches Risiko: +1 — Weidinger riskiert wenig; Aussagen entsprechen Mandat

D3 Fachkompetenz: +2 — Langjährige Primärbeobachtung seit 2012

D4 Konsistenz: +2 — Konsistente Einschätzung über Jahre

D5 Emotion vs. Daten: 0 — Mischung; "ethnische Säuberung" ist normative Wertung

D6 Quellenstufe: +1 — Primärbeobachtung, institutionell gefiltert

TOTAL: +5 → QUELLENAMPEL: GRÜN (knapp)

5. GEGENSTIMME: Ein unabhängiger Politikwissenschaftler ohne institutionelles Mandat zur Bekämpfung von Rechtsextremismus hätte eine andere Einschätzung der Gefährlichkeit der Identitären einbringen können. Wird nicht zitiert.

Organisation 2: WWF Österreich (Maximilian Frey)

1. FINANZIERUNG: Internationale NGO, Spendenfinanzierung, Mitgliedsbeiträge, Projektförderungen (teils öffentlich).

2. MANDAT: Naturschutz und Umweltschutz. Das Mandat ist nicht kompatibel mit einer neutralen Einschätzung von Großinfrastrukturprojekten — der WWF ist institutionell gegen solche Projekte in Naturschutzgebieten.

3. INTERESSENKONFLIKT: Der WWF hat ein institutionelles Interesse daran, das Kaunertal-Projekt zu verhindern. Er hat die Haerberli-Studie in Auftrag gegeben. Er ist Partei in dem Verfahren (Anfrage nach Notfallplänen, Gerichtsverfahren). Das ist ein klarer Interessenkonflikt.

D1 Interessenkonflikt: -2 — Klare Advocacy-Position gegen das Projekt; Auftraggeber der Gegenstudie

D2 Persönliches Risiko: 0 — Entspricht institutionellem Mandat

D3 Fachkompetenz: +1 — Umwelt-NGO mit Fachkenntnissen, aber kein technischer Experte

D4 Konsistenz: +1 — Konsistente Projektablehnungs-Position

D5 Emotion vs. Daten: 0 — Mischung aus Daten und Advocacy

D6 Quellenstufe: 0 — Sekundärquelle (zitiert Haerberli-Studie, die er selbst in Auftrag gegeben hat)

TOTAL: 0 → QUELLENAMPEL: GELB

5. GEGENSTIMME: Ein unabhängiger Energieexperte oder ein TIWAG-Gutachter hätte die WWF-Position hinterfragt. TIWAG kommt zu Wort, aber deutlich kürzer.

Organisation 3: JUNOS (Sophie Wotschke)

1. FINANZIERUNG: Jugendorganisation der NEOS, finanziert durch NEOS-Parteienförderung und eigene Mittel.

2. MANDAT: Politische Jugendorganisation der NEOS — kein neutrales Mandat, sondern politische Advocacy.

3. INTERESSENKONFLIKT: JUNOS/NEOS haben ein politisches Interesse an der Forderung nach Kürzung der Parteienförderung — es ist ein Profilierungsthema. Gleichzeitig ist NEOS in der Regierung und setzt die Forderung nicht um.

D1 Interessenkonflikt: -1 — Politische Parteiorganisation

D2 Persönliches Risiko: +1 — Öffentliche Forderung gegen Regierungspartner

D3 Fachkompetenz: 0 — Politische Akteurin, keine Fachexpertin

D4 Konsistenz: +1 — Konsistente NEOS-Position

D5 Emotion vs. Daten: 0 — Mischung

D6 Quellenstufe: 0 — Sekundär (zitiert keine eigenen Studien)



Schweizerischer Verein für ausgewogene Berichterstattung
Association suisse pour une information équilibrée
Associazione svizzera per un reporting equilibrato

TOTAL: +1 → QUELLENAMPEL: GELB

5. GEGENSTIMME: Eine FPÖ- oder ÖVP-Stimme zur Parteienförderung hätte die JUNOS-Position kontextualisiert. Fehlt vollständig.

WICHTIG: "Anerkannt" ist keine sachliche Qualifikation. Das DÖW ist "anerkannt" als Dokumentationsarchiv — das bedeutet nicht, dass seine normativen Wertungen ("ethnische Säuberung") als Fakten behandelt werden dürfen. Die soziale Zuschreibung "anerkannt" ersetzt keine inhaltliche Prüfung der Interessenkonflikte.

Quellenampel für die Teilnehmer:

Quelle	D1	D2	D3	D4	D5	D6	Total	Ampel
DÖW — Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes	-1	+1	+2	+2	0	+1	+5	GRÜN
WWF Österreich (Maximilian Frey)	-2	0	+1	+1	0	0	0	GELB
JUNOS (Sophie Wotschke)	-1	+1	0	+1	0	0	+1	GELB

Rechtliche und methodische Einordnung

Kein Tatsachenurteil	Die dargestellten Ergebnisse stellen keine Tatsachenfeststellungen über einzelne Personen, Redaktionen oder Sendungen dar. Sie sind als Ergebnis einer standardisierten Operationalisierung zu verstehen, nicht als Feststellung individueller Verantwortlichkeit.
Kein Rechtsurteil	Der aggregierte Abweichungsindex ersetzt keine rechtliche Würdigung im Sinne von §4 ORF-G. Die Beurteilung, ob eine konkrete Sendung gegen gesetzliche Vorgaben verstösst, obliegt ausschliesslich den zuständigen Instanzen (insbesondere KommAustria).
Kein Kausalitätsnachweis	Statistische Korrelationen sind nicht als Nachweis kausaler Zusammenhänge oder redaktioneller Absichten zu interpretieren. Abweichungswerte können durch Themenwahl, Nachrichtenlage, politische Kontroversität oder Formatlogik beeinflusst werden.
Kein Absichtsurteil	Die Analyse misst beobachtbare Strukturmerkmale von Sendungen. Ein Score von 7 bedeutet, dass eine erhebliche Schiefelage festgestellt wurde — nicht, dass die Redaktion dies beabsichtigte. Die Methodik trifft keine Aussagen über Motive oder strategische Zielsetzungen.
Heuristisches Vergleichsinstrument	Der Index dient der vergleichenden Mustererkennung über Tausende von Sendungen, nicht der präzisen metrischen Vermessung einzelner Beiträge. Schwellenwerte dienen der heuristischen Orientierung, nicht der scharfen rechtlichen Qualifikation.



ANHANG 1: LANDESGESETZGEBUNG

Rechtsgrundlage Oesterreich — ORF

Gesetz

ORF-Gesetz (ORF-G, BGBl. Nr. 379/1984 idF)

Relevante Artikel

- ORF-G §4 Abs. 5: Die Information hat umfassend, unabhängig, unparteilich und objektiv zu sein. Alle Nachrichten und Berichte sind sorgfältig auf Wahrheit und Herkunft zu prüfen, Nachricht und Kommentar deutlich voneinander zu trennen.
- ORF-G §4 Abs. 5a: In der Gesamtheit der Programme ist für die Vielfalt und Ausgewogenheit zu sorgen.
- ORF-G §10 Abs. 7: Angemessene Berücksichtigung aller im Nationalrat vertretenen Parteien.
- ORF-G §4 Abs. 1: Auftrag zu einem differenzierten Gesamtprogramm, das umfassend, unabhängig, unparteilich und objektiv ist.

Kernpflichten

- 1. Objektivität und Unparteilichkeit:** Umfassende, unabhängige, unparteiliche Information
- 2. Trennung Nachricht/Kommentar:** Deutliche Unterscheidung
- 3. Parteienberücksichtigung:** Alle Nationalratsparteien angemessen berücksichtigen
- 4. Gesamtprogramm-Vielfalt:** Vielfalt und Ausgewogenheit über alle Programme

Aufsichtsbehörde

- KommAustria (Kommunikationsbehörde Austria): Medienregulierungsbehörde
- Bundeskommunikationssenat: Beschwerdeinstanz
- Publikumsrat: Vertretung der Hörer und Seher

Beschwerdeverfahren

1. ORF-Publikumsrat
2. KommAustria
3. Bundeskommunikationssenat
4. Verwaltungsgerichtshof



Schweizerischer Verein für ausgewogene Berichterstattung
Association suisse pour une information équilibrée
Associazione svizzera per un reporting equilibrato

ANHANG 2: WISSENSCHAFTLICHE GRUNDLAGEN

Literatur

- Bennett, W. L. (1990). Toward a theory of press-state relations in the United States. *Journal of Communication*, 40(2), 103–125.
- Berelson, B. (1952). *Content analysis in communication research*. Free Press.
- Entman, R. M. (1993). Framing: Toward clarification of a fractured paradigm. *Journal of Communication*, 43(4), 51–58.
- fög – Forschungszentrum Öffentlichkeit und Gesellschaft (2024). *Jahrbuch Qualität der Medien 2024*. Schwabe.
- Gilardi, F., Alizadeh, M. & Kubli, M. (2023). ChatGPT outperforms crowd workers for text-annotation tasks. *PNAS*, 120(30).
- Iyengar, S. & Kinder, D. R. (1987). *News that matters: Television and American opinion*. University of Chicago Press.
- Jolly, S. et al. (2022). Chapel Hill Expert Survey trend file, 1999–2019. *Electoral Studies*, 75, 102420.
- Krippendorff, K. (2004). *Content analysis: An introduction to its methodology* (2nd ed.). Sage.
- McCombs, M. E. & Shaw, D. L. (1972). The agenda-setting function of mass media. *Public Opinion Quarterly*, 36(2), 176–187.
- Shoemaker, P. J. & Vos, T. P. (2009). *Gatekeeping theory*. Routledge.
- SVFAB (2026). *Methodenbericht v4.1: Zählbare Kriterien und Multi-Modell-Kreuzvalidierung*.
- Törnberg, P. (2023). ChatGPT-4 outperforms experts and crowd workers in annotating political Twitter messages. arXiv:2304.06588.

SVFAB Working Papers

- Schläpfer, D. (2026). Systematic AI-Assisted Analysis of Public Broadcaster Impartiality: A Scalable Methodological Framework for Measuring Structural Bias in Public Service Media. [SSRN 6688478](#)
- Schläpfer, D. (2026). Measuring Editorial Noise: A Retrospective Suppression Index for Public Broadcasting Content Analysis. [SSRN 6733280](#)
- Schläpfer, D. (2026). Source Traffic Light: A Six-Dimensional Credibility Framework for Systematic Source Assessment in Public Service Media. [SSRN 6733880](#)

David Schläpfer — ORCID: 0009-0000-5671-9266

SVFAB — Schweizerischer Verein für ausgewogene Berichterstattung | Postfach, 8021 Zürich 1 | www.svfab.ch | kontakt@svfab.ch | Methodenbericht März 2026 | Konverter 3.4 (2026-05-20)



Schweizerischer Verein für ausgewogene Berichterstattung
Association suisse pour une information équilibrée
Associazione svizzera per un reporting equilibrato

Auswertungen und Mitgliedschaft beim SVFAB

Beim SVFAB.ch erhalten Sie nicht nur weitere detaillierte Auswertungen, sondern können sich solche zu beliebigen Sendungen erstellen lassen (das verrechnen wir).

Um unsere Arbeit solide zu machen, sind wir auf Mitglieder- und Gönnerbeiträge angewiesen.

Kontakt und weitere Informationen:

www.SVFAB.ch | Kontakt@SVFAB.ch

Bankverbindung: PostFinance – POFICHBE

IBAN: CH32 0900 0000 1675 6251 1

Empfänger: SVFAB, Postfach, CH-8021 Zürich 1



Schweizerischer Verein für ausgewogene Berichterstattung
Association suisse pour une information équilibrée
Associazione svizzera per un reporting equilibrato

Sie erhalten beim SVFAB folgende Bücher

Bestellungen über www.svfab.ch oder kontakt@svfab.ch



Unausgewogene Berichterstattung ist die Antwort auf die Halbierungsinitiative in der Schweiz: Hier werden die Manipulationstechniken im Detail erläutert, angefangen bei der Auswahl der Mitarbeiter und der Quellen-selektion. Danach werden 15 Prinzipien erläutert: Auslassung, Framing, zeitliches Framing, Kontaktschuld, Emotionalisierung, Kontextentfernung und viele mehr, erläutert an vielen Beispielen. Zusätzlich wird erkennbar, wo wir selbst diese Techniken anwenden – das fördert nicht nur die Erkenntnis sondern auch das Mitgefühl.

Optional kommt das Buch mit **Spielkarten**
Auch erhältlich als **Hörbuch**



Das Interview ist kein Gespräch. Es ist eine Bühne – und jemand anderes hat das Drehbuch geschrieben.

Wer das nicht weiss, liefert Material. Gute Zitate, die falsch geschnitten werden. Richtige Aussagen, die im falschen Kontext landen. Ehrliche Antworten, die als Geständnisse gerahmt werden. Dieses Buch ist kein Medienkritik-Buch. Es ist ein Werkzeugkasten – für alle, die ein Mikrofon vor der Nase haben und wissen wollen, was sie dagegen tun können. 7 Kapitel. 7 Werkzeuge: Was ein Interview wirklich ist. Die 7 häufigsten Fallen. Die drei Grundprinzipien der Souveränität – Anker, Umrahmen, Abgrenzen. Vorbereitung in einer Stunde. Körper und Stimme. Was tun, wenn es schief läuft. Und was nach dem Interview zählt.

Für Politiker, Aktivisten, Unternehmer, Whistleblower – für alle, die exponiert sind und verstehen wollen, wie das Spiel funktioniert. Damit sie aufhören, es mitzuspielen – und anfangen, es zu gestalten. In A5. Direkt. Zur Vorbereitung, zum Nachschlagen, zur Nachbereitung und bei Schwierigkeiten



Du denkst, du siehst die Welt. In Wirklichkeit siehst du den Rahmen, den jemand um sie gelegt hat. Framing ist die älteste und eleganteste Manipulationstechnik der Welt. Sie verändert nicht die Fakten – sie verändert, was wir aus den Fakten machen. Wie wir fühlen. Was wir glauben. Wie wir entscheiden. Und sie funktioniert – weil wir alle mitmachen. Täglich. Unbewusst. Auch du. Dieses Buch ist kein trockenes Lehrbuch. Es ist ein Übungsbuch – spielerisch, direkt, voller Beispiele aus dem echten Leben. Du lernst nicht nur, wie andere dich framen. Du lernst, wie du selbst framest – und wie du es bewusst und fair einsetzen kannst.

Denn wer Framing versteht, sieht die Welt klarer. Hört Nachrichten anders. Führt Gespräche souveräner. Und lässt sich nicht mehr so leicht einen Rahmen aufzwingen, den jemand anderes gewählt hat.



Schweizerischer Verein für ausgewogene Berichterstattung
Association suisse pour une information équilibrée
Associazione svizzera per un reporting equilibrato

Mit vielen Übungen und konkreten Beispielen aus Politik, Medien und Alltag – und dem einen oder anderen Schmunzeln.

Framing mit Stil. Weil der Rahmen alles verändert.



Die SRG kassiert 1.56 Milliarden Franken pro Jahr – zwangsweise, von jedem Haushalt. Wer sich ungerecht behandelt fühlt, kann sich beschweren. Es gibt sogar eine Instanz dafür: die UBI, die Unabhängige Beschwerdeinstanz für Radio und Fernsehen.

Nur: Sie ist nicht unabhängig. Sie hat keine Sanktionsmöglichkeiten. Und sie entscheidet in 99.6% aller Fälle: nichts.

Diese Analyse legt das System offen – sachlich, präzise, ohne Polemik. Verfahren, Personal, Befugnisse, Kosten, Statistik, Rechtsweg. Und die staatsrechtliche Prüfung, die zeigt: Das UBI-System erfüllt keines der drei grundlegenden Kriterien – es ist nicht angemessen, nicht gewaltenteilig, nicht marktwirtschaftlich.

Die Instanz, die Bürger schützen soll, schützt vor allem das System, das sie kontrollieren sollte.

Ein Pflichtlektüre für alle, die eine Beschwerde erwägen – und für alle, die verstehen wollen, warum echte Medienaufsicht in der Schweiz noch aussteht.